

Der Etat setzt den Rahmen

Europaabgeordnete Jeggle beim Bauerntag Allgäu-Oberschwaben

Die entscheidenden Diskussionen über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stehen nach Ansicht der Europaabgeordneten Elisabeth Jeggle erst noch bevor. Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg bezeichnete sie bei der Jahreshauptversammlung des Bauernverbandes Allgäu-Oberschwaben am Freitag vergangener Woche in Bad Waldsee-Gaisbeuren als gut aufgestellt.

Die abschließenden Verhandlungen über die Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik für den Zeitraum 2013 bis 2020 erwartet die Europaabgeordnete aus dem Kreis Biberach ab nächstem Winter. Dann, so Jeggle, liegen die Legislativvorschläge von Agrarkommissar Ciolos vor und dann herrsche vor allem Klarheit über die Höhe des künftigen EU-Agrarhaushalts und damit über die Finanzmittel für den Agrarbereich.

Der Agrarretat muss engagiert verteidigt werden

In diesem Zusammenhang warnte die christdemokratische Abgeordnete vor Illusionen: Sie setze sich für die Beibehaltung des Agrarretats in gleicher Höhe ein. Allerdings hätten wichtige Nettozahler, darunter Deutschland, bereits erklärt, dass sie nicht bereit sind, mehr als ein Prozent ihres Bruttosozialproduktes (BSP) nach Brüssel zu überweisen. Wollte man alle Agrarmaßnahmen im bisherigen Umfang weiterführen, wären dazu jedoch 1,14 Prozent des BSP notwendig.

Um die Landwirtschaftsgelder zu verteidigen, forderte Jeggle eindringlich dazu auf, den Bürgern zu erklären, dass die Landwirtschaft für Ernährungssouveränität sorgt mit Lebensmitteln, die unter Einhaltung höchster Standards in Qualität sowie Tier- und Umweltschutz erzeugt wurden.

Die Landwirte sind auf die Direktzahlungen angewiesen, erklärte die Europaabgeordnete. Solange an den Märkten die Preise nicht zu erzielen sind, die den Bauern ein ausreichendes Einkommen ermöglichen, könne auf Direktzahlungen aus der ersten Säule nicht verzichtet werden. Gegen ein allgemeines Greening in Europas Landwirtschaft habe sie zunächst nichts einzuwenden, erklärte Jeggle. Wenn der Agrarkommissar damit aber verpflichtende Maßnahmen in der Ersten Säule ins Auge fasse, habe sie als Baden-Württembergerin damit ein Problem. Das Land sei europäische Spitze im Angebot freiwilliger, kofinanzierter Agrarförder- und

Umweltprogramme aus der Zweiten Säule. Diese Maßnahmen sollten nicht verpflichtend in die Erste Säule wandern.

Auf Maßnahmen zur Marktordnung nicht verzichten

Die Absicht des Agrarkommissars, marktbezogene Maßnahmen fortzuführen, wird von der Europaabgeordneten unterstützt. „Wir brauchen ein Sicherheitsnetz“, sagte Jeggle. Die finanzielle Ausstattung könne formal auf Null gestellt sein, solange die Möglichkeit erhalten bleibt, die Instrumente bei Bedarf hervorzuholen. Verständnis äußerte sie für die Forderung der neuen Mitgliedsstaaten nach einer Umverteilung der Agrargelder. Sie unterstütze die Position der Bundesregierung, die sich eine schrittweise Annäherung der Hektarprämien bis 2020 vorstellen kann.

Zu den Vorschlägen der Brüsseler Expertengruppe für den Milchbereich sagte Jeggle, die Grenzen für eine Bündelung seien ein brauchbarer Einstieg. Sie wandte sich gegen den Vorwurf, die Mengenanteile an nationaler beziehungsweise europäischer Produktion seien zu gering. „Ich bin dafür, so zu beginnen und bei Bedarf zu verbessern, anstatt jetzt schon abzulehnen“.

Elisabeth Jeggle machte darauf aufmerksam, dass Tierschutzorganisationen immer stärker Einfluss auf die Arbeit des Europaparlaments nehmen. „Das Parlament ist ein Spiegelbild der Gesellschaft“, erklärte sie und riet den Landwirten zu Transparenz und Offenheit. Kein Landwirt habe mit seiner Tierhaltung etwas zu verstecken. Als Europapolitikerin wolle sie sich dafür einsetzen, dass die Vorgaben für Tierhaltung und Tierschutz in allen Mitgliedsstaaten gleich umgesetzt werden. Bevor hierzulande weitergehende Vorschriften beschlossen werden, sollten die anderen erst einmal nachziehen. ebe